



Initiative freie Impfentscheidung e.V.

UNTERSTÜTZUNGSERKLÄRUNG

Die Unterzeichner vertreten die Auffassung, dass der Entscheidung über einen Eingriff in die eigene körperliche Unversehrtheit wie eine Impfung eine eigenständige Risikoabwägung zugrunde liegt. Diese muss jeder Einzelne im Einklang mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik und des Freistaates Bayern sowie im Einklang mit der Resolution 2361 (2021) des Europarates vom 27. Januar 2021 frei von politischem, sozialem oder anderweitigem Druck fassen können. Es soll niemand gegen seinen Willen geimpft werden können und niemand dafür diskriminiert werden dürfen, der sich nicht impfen lassen will oder kann.

Die Unterzeichner beobachten daher mit großer Sorge, wie aktuell Bürger, die aufgrund einer eigenständigen Risikoabwägung zu dem Ergebnis gekommen sind, dass sie jedenfalls zum jetzigen Zeitpunkt eine Impfung gegen eine COVID-19-Erkrankung noch nicht vornehmen wollen, stigmatisiert und diskriminiert werden und insbesondere durch die Regelungen der §§ 3, 3a, 16 und 17 der Vierzehnten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (14. 14. BayIfSMV) in der Wahrnehmung ihrer sozialen Teilhaberechte, aber auch in ihrer Ausbildung und Berufsausübung erheblich beeinträchtigt werden oder sogar gänzlich ausgeschlossen werden sollen.

Die dieser Ausgrenzung zugrunde liegende Annahme, es sei eine von Nicht-Immunisten ausgehende Gefahr zu eliminieren bzw. eine Herdenimmunität zu erreichen, entspricht nicht dem heutigen Stand der Wissenschaft. Sie verstellt zudem den Blick darauf, dass die Impfung – insbesondere mit zunehmendem Zeitablauf – weder vor Ansteckung und Verbreitung, geschweige denn vor einer Überlastung des Gesundheitssystems, schützt. Insofern lässt sich der Eingriff in die Grundrechte weder durch Allgemeinwohlbelange noch durch die Sorge um die Gesundheit des Grundrechtsträger selbst rechtfertigen. Das gilt in besonderem Maße für Jugendliche, die als Ungeimpfte besonders hart durch die Beschränkungen ihrer sozialen Teilhaberechte getroffen werden, wodurch durch die Maßnahmen der vergangenen 20 Monate entstandene Schäden vertieft werden. Gleichzeitig verstellt die Polarisierung den Blick auf die zentrale Problematik des Schutzes Vulnerabler, der sich nur durch eine konsequente Teststrategie erzielen lässt. Werden indes auch Geimpfte – notwendigerweise – getestet, besteht keinerlei Rechtfertigung mehr für diejenigen Regelungen der 14. BayIfSMV, die den Zugang zu Leistungen und/oder Räumlichkeiten von einem Immunisierungsstatus abhängig machen.

Die Unterzeichner sind daher der Auffassung, dass die Belastungen, die Nicht-Immunisten in der 14. BayIfSMV auferlegt werden, verfassungswidrig sind. Aus Gründen der Prozessökonomie und zur Meidung einer weiteren Belastung bayerischer Gerichte sehen die Unterzeichner aber



entstandene Schäden vertieft werden. Gleichzeitig verstellt die Polarisierung den Blick auf die zentrale Problematik des Schutzes Vulnerabler, der sich nur durch eine konsequente Teststrategie erzielen lässt. Werden indes auch Geimpfte – notwendigerweise – getestet, besteht keinerlei Rechtfertigung mehr für diejenigen Regelungen der 14. BayIfSMV, die den Zugang zu Leistungen und/oder Räumlichkeiten von einem Immunisierungsstatus abhängig machen.

Die Unterzeichner sind daher der Auffassung, dass die Belastungen, die Nicht-Immunisierten in der 14. BayIfSMV auferlegt werden, verfassungswidrig sind. Aus Gründen der Prozessökonomie und zur Meidung einer weiteren Belastung bayerischer Gerichte sehen die Unterzeichner aber zunächst davon ab, eigene Klagen zu erheben. Sie unterstützen jedoch mit ihrer Unterschrift jegliches Gerichtsverfahren, dessen Gegenstand ist, insbesondere die in §§ 3, 3a, 16 und 17 der Vierzehnten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (in ihrer jeweils gültigen Fassung) enthaltenen Beschränkungen und den damit verbundenen mittelbaren Impfwang für unwirksam erklären oder im Wege des Erlasses einer einstweiligen Anordnung außer Vollzug setzen zu lassen. Diese Erklärung enthält keinerlei Verpflichtung zur Übernahme etwaiger Verfahrenskosten.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung! Ihr Team der "Initiative freie Impfentscheidung e.V."

* Erforderlich

1. Die Daten werden ausschließlich zur Erstellung einer Unterstützerliste gesammelt, die vor Gericht eingereicht werden wird. Indem Sie Ihre Daten hier hinterlegen, willigen Sie in die Weiterleitung an einen von uns beauftragten Anwalt und den Bayerischen Verfassungsgerichtshof oder den Bayerischen Verwaltungsgerichtshof sowie der Speicherung bei der „Initiative freie Impfentscheidung“ ein.

Ich willige der o.g. Speicherung und Weiterleitung meiner Daten ein und unterstütze diese Erklärung und die darin genannten Gerichtsverfahren: *

ja

nein

2. Ich wohne in Bayern: *

ja

nein



ja

nein

3. Vorname: *

Ihre Antwort eingeben

4. Nachname: *

Ihre Antwort eingeben

5. Strasse / Hausnummer *

Ihre Antwort eingeben

6. Postleitzahl *

Ihre Antwort eingeben

7. Wohnort *

Ihre Antwort eingeben

Absenden